



Prof. Dr. Ing. MICHAEL KAUFMANN MdB

KURZ-KNAPP-KAUFMANN

DER WOCHENRÜCKBLICK

(KW 21/23)

Nachfolgend finden Sie einen Überblick der Ereignisse und Themen, die uns in der Kalenderwoche 21/23 beschäftigt haben. Kontaktadressen für Fragen und Anregungen finden Sie am Ende dieser Zusammenfassung. Ich wünsche Ihnen eine schöne Zeit und viel Spaß beim Lesen,

Michael Kaufmann
Ihr Michael Kaufmann

KOMMENTAR ZU POLITIK & TAGESGESCHEHEN



24. Mai 23

Messerattacke auf Bent Lund: Mordversuch an einem AfD-Politiker!

Sie bedrohten ihn schon seit längerem. Am Vatertag versuchten sie, ihn mit dem SUV auf dem Motorrad abzudrängen, stellten ihn vor der Wohnung, hielten ihn fest, besprühten ihn mit Reizgas und stachen mit dem Messer auf ihn ein. Nur knapp wurde das Herz verfehlt.

Aber die Staatsanwaltschaft ermittelt nur wegen Körperverletzung.

Täter: Ein irakischer Clan in Schleswig.

Opfer: Der AfD-Kreistagsabgeordnete Bent Lund.

Offenbar ist das auch der Grund, warum das Attentat jenseits der Lokalnachrichten auf kein mediales Interesse gestoßen ist.

Die Geschichte geht aber weiter: Zum Glück hat Lund den Angriff überlebt - schwer verletzt, aber immerhin! Selbst in der Klinik terrorisierten die Täter ihr Opfer. Und sie bedrohen auch seinen minderjährigen Sohn, der Zeuge des Überfalls war. Er wurde in Sicherheit gebracht und wird psychologisch betreut.

Ich sehe in dem ganzen Tathergang alle Kriterien eines Mordversuchs erfüllt und kann die Einschätzung der Staatsanwaltschaft nicht nachvollziehen.

Der Fall sollte in der öffentlichen Debatte dieselbe Relevanz haben, wie seinerzeit die niederträchtige Attacke auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Alles andere ist nur ein Freibrief für politische Gewalttäter!

Quelle u.a. AfD SH vom 21.05.23 „AfD-Abgeordneter in Schleswig niedergestochen!“





Impressionen der Eröffnung meines Bürgerbüros in Pößneck in meinem Bundestagswahlkreis 195.

Nicht nur das herrliche Wetter sorgte für Volksfeststimmung! Fragen und Anregungen nehmen wir gerne entgegen:
Michael.Kaufmann.wk@bundestag.de



Regierungsbefragung mit Verteidigungsminister Pistorius und Gesundheitsminister Lauterbach

- Beide führten kurz ein. B. Pistorius betonte wieder einmal: Wir stehen zur Ukraine und müssen den menschenverachtenden Angriffskrieg Putins beenden – natürlich mit Waffen „as long as it takes“. Man habe jetzt erst ein „Waffen-Paket über 2,7 Mrd. EUR für die Ukraine geschnürt“ (*Mit anderen Worten: geschenkt*) und er kündigte weitere Panzerlieferungen für die Ukraine an. Gleichzeitig soll die Kampfbereitschaft der Bundeswehr hergestellt werden, er bedankte sich für das 100-Mrd.-Sonder(schulden)-Vermögen und betonte nochmals das 2%-Etatziel vom BIP für die Rüstungsausgaben.
- Minister Lauterbach, ebenfalls sehr gut vorbereitet, und das Mantra des menschenrechtswidrigen Angriffskrieges durch Russland wiederholend. „Wir versorgen Menschen ohne Arme und Beine und Schwerverletzte“, Deutschland leistet zivile Hilfe, incl. Wiederaufbau von hospitaler Infrastruktur. Über Beträge schwieg er. Dann kam er zu den Problemen vor Ort und nahm Bezug auf das Pflege-Stärkungsgesetz, das am Freitag in 2./3. Lesung im Plenum verabschiedet werden wird, das jedoch außer der Anhebung der Beitragssätze und eine gewisse Dynamisierung der Geldleistungen in der stationären Pflege und bei Sachleistungen nur vorsieht, dass künftige Beitragsanhebungen direkt am Parlament vorbei erlassen werden können. Ist das das Demokratieverständnis dieser Bundesregierung? Aber zu diesem Thema am Freitag mehr.
- Man habe das Gesetz zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung beschlossen, welches die Zuwanderung nicht indigener Menschen erleichtern wird, unter anderem gibt es die Ausstellung der „Blauen Karte EU“ auch für international Schutzberechtigte, Erleichterung des Familiennachzugs, Einführung einer „Chancenkarte“ auf Basis eines Punktesystems für Personen mit einem ausländischen, mind. zweijährigen Berufs- oder Hochschulabschluss uvm.
- Auf die Frage von Stephan Brandner, AfD nach der Erfassung von Impfnebenwirkungen in der Bundeswehr wurde von Minister Pistorius schwammig bis gar nicht geantwortet. Auch sieht das Verteidigungsministerium keinerlei Veranlassung, die Duldungspflicht für C-Impfungen bei Soldaten aufzuheben.
- Martinichert, AfD wollte von Karl Lauterbach wissen, wie er der unerklärlichen Übersterblichkeit des letzten Jahres auf den Grund gehen wolle (etwa 58.000 Menschen mehr, als erwartet).
- Lauterbachs nebulöse Antwort: wir arbeiten daran, es könne auch an verschobenen Behandlungsmaßnahmen während Corona liegen, aber ganz gewiss nicht an Nebenwirkungen der Impfkampagnen.
- Staatliche Intervention durch die staatsgelenkte Energieverknappung war das nächste Thema. Im Kabinett sind 2,5 Mrd. Sonderstütze für die Krankenhäuser als Energiehilfe verabschiedet, die Krankenhäuser warten dringendst auf Auszahlung. Ggf. nimmt das Krankenhaussterben hierdurch künstlich erzeugt Beschleunigung auf, denn die noch ausstehende Krankenhausreform sieht aufgrund von „Qualitätssteigerung“ sowieso die Schließung von 1/3 bis fast 50% der Einrichtungen vor.

Die Fragestunde bestritt der parl. Staatssekretär im BM für Umwelt, Naturschutz, Verbraucherschutz, Christian Kühn.

- Durch die Frage von Stephan Brandner erfuhren wir, dass über die Förderrichtlinie „Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels“ 78 Projekte gefördert werden, wobei die Kommunen Klimaanpassungsmanager (ohne im Voraus festgelegte Qualifikation) beschäftigen dürfen. Deren Aufgabe ist die Begleitung der Kommunen in neue touristische, klimawandel-angepasste Freizeitkonzepte – und worauf wir alle dringend warten: es wird auch ein Klima-Anpassungsgesetz in Kürze geben.
- Auch diese Fragestunde enthielt rhetorische Highlights aufgrund der Schlagfertigkeit von Stephan Brandner: Bei der Frage nach den 5 priorisierten Vorhaben im Ministerium, konnte er Frau Künast auf Basis lustiger Zwischengespräche eine Einladung zum Kaffeetrinken im JKH übermitteln, anlässlich derer er ihr die Erarbeitung von intelligenten Fragen vermitteln wollte. Tatsächlich beabsichtigt das Verbraucherschutz-Ministerium nicht, den Verbraucher durch auffällige Kennzeichnung von Verpackungen auf den Verzehr von Ungeziefen aufmerksam zu machen.
- Eine leider weniger intelligente Antwort auf eine Frage von Dr. Rainer Kraft, wie man E-Autos als umweltfreundlich einstufen könne, wo sie doch gerade aktuell hauptsächlich mit Kohlestrom geladen werden, lautete: die Innenstädte werden sauberer, da E-Autos keine Abgase ausscheiden.

Aktuelle Stunde auf Antrag der CDU zum Thema des drohenden Gebäudeenergiegesetzes, dem sog. „Heizungshammer“

- Vielleicht können wir darauf hoffen, wenn alle anderen Skandale diese Regierung nicht zu Fall gebracht haben, dass es wenigstens dieser geplante Raubzug gegen den kleinen Bürger auf den Weg bringt.
- Bekannt ist, dass Bauministerin Geywitz und WiMi Habeck in einem wie auch immer gearteten Zensus das Heizverhalten und alle Energieverbrauchs- und Energieklassen aller Gebäude erheben will, um „Wärmepläne“ zu erstellen.

- Marc Bernhard in seiner Rede: Es ist doch völlig absurd, dass den Menschen verboten werden soll, mit Gas zu heizen, während die Regierung gleichzeitig 50 Gaskraftwerke bauen will, in denen man mit dreckigem Frackinggas den Strom erzeugen wird, mit dem die Menschen zukünftig heizen sollen. Was für ein Aberwitz! Der Heizungshammer wird jeden einzelnen Bürger ca. 30.000 € kosten, also insgesamt mehr als 2.000 Milliarden €. So wie Graichen jetzt weg ist, muss das Heizungsgesetz weg, es gehört auf den Misthaufen der Geschichte!

Wie alles in diesem Land, so offenbarte auch der Berufsbildungsbericht 2023 (20/6800) der Bundesregierung nur selbst geschaffene Probleme, Versäumnisse und Flickschusterei.

- Es gibt keinen Politikbereich, der von Erfolgen, von erreichten Zielen, von allgemeinem Wohlstand und sozialem Frieden berichten kann. Aber das Schlimme an der ganzen Situation ist, dass wir uns alle daran gewöhnt haben und keiner den jeweiligen Elefanten im Raum mehr anspricht. Da nützen kein „InnoVET Plus“, der Innovationswettbewerb für die berufliche Bildung, keine Absenkung von Qualitätsniveaus in Bildung und Studium, oder 500 Mio. € in neue Azubi-Wohnheime.
- Staatssekretär Jens Brandenburg in seiner Rede: Es gibt 2,6 Mio. junge Erwachsene ganz ohne Bildungsabschluss, darunter viele Geflüchtete. Das ist wohl des Pudels Kern.
- Nicole Höchst: „Die Ungelerntenquote für deutsche Staatsbürger ohne Migrationshintergrund betrug im Jahr 2021 10,6 Prozent. Die Quote bei Migranten mit eigener Migrationserfahrung lag bei 38,1 Prozent... Zwei Drittel der Bürgergeldbezieher in Deutschland haben heute einen Migrationshintergrund. Diese zuwandernden Rohdiamanten erweisen sich als etwas völlig anderes, als Sie hier anpreisen, nämlich als Mühlsteine um den Hals unserer ehemaligen Leistungsgesellschaft und Hochkultur. Diese Menschen werden unsere Rente nicht zahlen, meine Damen und Herren.“ So traurig und so wahr...

Antrag der CDU „Tag des Grundgesetzes am 23. Mai als Gedenktag aufwerten“ (20/6903)

- Dieser Schaufensterantrag sollte wohl retten, was irgendwie verloren scheint:
- Von Nationalem Gedenktag ist die Rede, von der Bundesflagge und der Nationalhymne... der ehemaligen Kanzlerin und maßgeblichen Deutschlandabschafferin Angela Merkel würden die Haare zu Berge stehen, ob solcher patriotischer Schmalzorgien ihrer Partei.
- Der Antrag wurde überwiesen in den Innenausschuss.

In erster Lesung wurde der Antrag der AfD „Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern“ 20/6901 debattiert

- Der Antrag fordert, den Kommunen ein Vetorecht bei der Zuweisung von Flüchtlingen einzuräumen, und dem Bund weitere Beschränkungen aufzuerlegen.
- Der Ausschuss Bauen, Wohnen, Stadtwesen berät federführend.

Donnerstag

Reformierung des EU-Wahlrechts

- Das EU-Wahlrecht soll reformiert werden und tatsächlich gehen die Forderungen der EU scheinbar durch das deutsche Parlament:
- Am 10. Nov. 2022 war der Antrag 20/3499 in dritter Lesung verabschiedet worden, wonach das allgemeine Wahlalter nun auch in Deutschland auf 16 Jahre abgesenkt werden wird.
- Am Donnerstag ging es im Regierungsantrag 20/6821 in erster Lesung darum, die geforderte Sperrklausel von 2% in deutsches Recht umzusetzen.
- Dieser Antrag wird jetzt beraten, und wird in dritter Lesung sogar eine 2/3-Mehrheit aller MdB benötigen.
- Eine zweite Vorlage der Ampel (20/5990) ist eine sog. Stellungnahme, die dem Parlament vorschlägt, die geforderten Reformen des EU-Parlaments zu unterstützen.
- Dieser benötigte keine 2/3-Mehrheit und konnte so von der Ampel gegen alle Oppositionsparteien durchgesetzt werden. Schaffung unionsweiter Wahlkreise und damit ein sog. Spitzenkandidatenprinzip, Wahlalterabsenkung, ein in allen Ländern einheitlicher Wahltag am 9. Mai und eine geschlechterparitätische Besetzung von Wahllisten sind in Kürze unumstößlich.

Wahlen zu Gremien:

- Die AfD stellte folgende Kandidaten auf: Als Vertreter des Bundestagspräsidenten den Abg. Edgar Naujok, als Mitglied des Parl. Kontrollgremiums Jan Wenzel Schmidt.
- Es darf geraten werden, wie die Wahlen ausgingen.

Aktuelle Stunde auf Antrag der Koa: Debattiert wurde der am 19.05. veröffentlichte Entwurf zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

- Die deutsche Staatsangehörigkeit soll nun schon nach fünf oder nur drei Jahren erworben werden können, Zulassung von Mehrstaatlichkeit, Kürzung der Sprachanforderungen für bestimmte Personengruppen und verkürzte Mindestaufenthaltsdauer.
- Gottfried Curio in seiner Rede: Dabei wollen zwei Drittel der Deutschen keine Vereinfachung der Einbürgerung. Die Ampel aber will schnell Fakten schaffen und mit den seit 2015 importierten Ausländern ihre Wahlen steuern.

In erster Lesung wurde der CDU-Antrag „Stärkung der Fusionsforschung auf Weltklasseniveau“ (20/6907) beraten.

- Im Jahr 2023 stellt Min. Stark-Watzinger gem. eigenen Aussagen 149 Mio. € über verschiedene Forschungsverbände für diese aussichtsreiche Form der Nettoenergiegewinnung zur Verfügung. Auch über SPRIND wurden bislang schon „schlappe“ 50 Mio. € in Startups investiert, aber das ist alles zu zaghaft: Deutschland verliert auch in dieser Sparte der Forschung den internationalen Anschluss, ganz zu schweigen davon, Vorreiter sein zu können.
- Bei den größten Projekten haben wieder einmal amerikanische kommerzielle Investoren die Nase vorn, so Prof. Michael Kaufmann, AfD in seiner Rede. Am europäischen Projekt ITER ist Deutschland auch nur indirekt beteiligt. Der Hemmschuh in Deutschland ist hauptsächlich die grüne Aversion gegen alles, was mit „Kern“ anfängt, so Kaufmann weiter. Und schließlich: Der deutsche Stromimport heute morgen um 8 Uhr betrug mehr als 10 Gigawatt, das verdeutlicht die Sackgasse, in welche uns die Ampel geführt hat.
- Der Antrag wird im Ausschuss für Bildung und Forschung beraten.

Antrag der CDU: „Versorgung von Patientinnen und Patienten mit Long- und Post-Covid sowie Post-Vac-Syndrom jetzt verbessern – Gesundheitliche Pandemiefolgen ernst nehmen“ (20/6707)

- Die CDU versuchte mit diesem Antrag, ihre Weste für die unter Ihrer Regierungsbeteiligung verursachten Schäden u.a. durch Ausrufung einer Pandemie, reinzuwaschen. Eine sehr steile These aus diesem Antrag lautet: „Eine Corona-Impfung könne das Risiko, am Post-Covid-Syndrom zu erkranken, stark reduzieren, Nebenwirkungen treten nur in seltenen Fällen auf.“ Man glaubt manchmal, in komplett unterschiedlichen Welten zu leben.

Die AfD hatte schon vor einem Jahr gefordert: „Impfnebenwirkungen aufklären und ernst nehmen, (20/2567)“

- Somit wiederholte sie Ihre Forderungen mit diesen beiden Anträgen: „Covid-19-Impfschäden ernst nehmen und deren medizinische Behandlung sicherstellen“ (20/6912) und „Impfschäden-Hotline jetzt einrichten – Betroffene nicht alleine lassen“ (20/6913).
- Der Gesundheitsausschuss berät.

Die Linke wollte sich in der Beratung des folgenden Antrags für die Stärkung des individuellen Rechts auf Asyl einsetzen.

- Außerdem noch verpflichtende Grenzverfahren an der Außengrenze abschaffen und den Verweis auf Rückführung in sichere Drittstaaten verhindern.
- Für diesen Antrag lohnt nicht einmal die Nennung der Drucksachen-Nr. Links ist und bleibt keine Alternative.

CDU-Antrag „Russische Wagner-Gruppe jetzt auf die Terrorliste“ (20/6908) wurde in erster Lesung beraten.

- Stephan Brandner forderte in seiner Rede zwar Aufklärung über diesen Sachverhalt, aber genauso Aufklärung über das ukrainische Asow-Regiment oder ein US-Militärunternehmen Black Water, das mittlerweile Adacemi heißt.
- Die CDU betreibt wieder einmal ein bisschen Klientel-Politik, seit 2014 hätte sie diese Entwicklung erkennen und benennen können.

Antrag der CDU: „Ausbau von Balkonkraftwerken (20/6905)

- Über den Antrag, der es Mietern ermöglichen soll, steckerfertige Kleinstsolaranlagen ohne Genehmigung des Vermieters anbringen zu können, wird sich der deutsche Michel sehr freuen (Ironie).
- Der Rechtsausschuss berät.

Debatte zum AfD-Antrag „Moratorium der Klimaschutzpolitik und des Übereinkommens von Paris“ (20/6915)

- Als folgerichtige Konsequenz aus der Tatsache, dass der sog. menschengemachte Klimawandel nicht wissenschaftlich erwiesen ist, und dass alle deutschen wirtschaftsschädlichen und sozial unverträglichen Maßnahmen weltweit sowieso keinerlei Änderung bewirken, ist diese Forderung nur allzu begründet.
- Ein Heizungshammer wäre damit obsolet, die Augenwischerei der Elektromobilität hätte ein Ende und alle könnten sich wieder auf die Selbstheilungskräfte des freien Marktes verlassen.
- Der Antrag wurde zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.



Wie anfangs angekündigt, wurde nach 2. und 3. Lesung das Pflegeentlastungsgesetz (20/6544) in namentlicher Abstimmung angenommen.

- 377 Stimmen der Koalition dafür, aber 275 Stimmen der vereinten Opposition dagegen.
- Dabei ist das Gesetz wieder nur Stückwerk, eine echte Reform sieht anders aus, 0,35% Anhebung der Beitragssätze (weitere Belastung der Bürger), aber nur reinen Inflationsausgleich bei Pflegegeld und bei Sachleistungsbeträgen und geringfügige Entlastung der Eigenanteile in der vollstationären Versorgung.
- Aus Sicht der Verfasserin gehört die Stärkung der häuslichen Pflege an die erste Stelle: Niemand versteht seine eigenen Angehörigen besser, es gäbe langfristig keinen Fachkräftemangel mehr in diesem Gewerbe und pflegende Angehörige könnten sich bei angemessener Entlohnung schadensfrei für einen gewissen Zeitraum aus der Hektik von Mehrfachbelastung Beruf, Haushalt, Kindererziehung und Organisation fehlender Pflegezeiten abkoppeln.
- Die Rede Martin Sicherts allerdings nahm auf einen weiteren Aspekt Bezug und ist absolut hörensenswert! <https://dbtg.tv/cvid/7554566>

Die zweite namentliche Abstimmung des Tages ging um den weiteren bewaffneten Bundeswehreinsatz in Mali, bei der sich auch dieses Mal alle Oppositionsparteien einig waren.

- Trotzdem obsiegte die Koa mit 375 gegen 265 Stimmen.
- Die Kriegsbefürworter sind in der Mehrheit, das wissen wir ja schon.

In erster Lesung debattiert wurde der AfD-Antrag „Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexuellem Missbrauch – Aufarbeitungskommission mit dem Recht zur Aufklärung und Mitwirkung einrichten sowie strafrechtliche Anzeigepflicht für bestimmte Personengruppen einführen“ (20/6086)

- Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend berät.
-

Die letzte namentliche Abstimmung der Woche erfolgte erneut zum „Thema Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der internationalen Sicherheitspräsenz“, nämlich im Kosovo.

- Und auch hier handelt es sich nicht um einen Einsatz im NATO-Gebiet, es existiert kein Verteidigungsfall des Bündnisses, es ist auch keine deutsche Landesverteidigung, die einst gesetzten Ziele des Kfor-Einsatzes wurden nicht erreicht.
- In der Abstimmung ging die CDU dieses Mal mit der Koa konform und erhielt somit 505 Ja gegen 93 Nein-Stimmen.



26. Mai 23

Seit einigen Jahren häufen sich die technischen Durchbrüche in der Forschung an Kernfusionsreaktoren. Diese saubere, sichere und praktisch unerschöpfliche Energiequelle, die ganz nebenbei das Potenzial hat, den gesamten Wahnsinn der so genannten Energiewende überflüssig zu machen, rückt langsam in greifbare Nähe.

Am Donnerstag haben wir im Bundestag über einen Antrag der CDU/CSU debattiert, der die Forschung an der Kernfusion stärker fördern möchte. Soweit so, so gut.

Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Union dieses Thema in 16 Jahren Regierung sträflich vernachlässigt hat.

Die AfD hingegen fordert schon seit Jahren, endlich ausreichend Geld in die Hand zu nehmen, um diese für unsere Zukunft so entscheidende Technologie zur Anwendungsreife zu bringen. Hören Sie hier meine Rede zum Thema Kernfusion:

<https://www.facebook.com/watch/?v=266240202530045>



27. Mai 23

Ein Foto unseres heutigen AfD-Infostands in Rudolstadt - wie immer ein Treffpunkt in der Fußgängerzone.

Künftige Termine unserer Infostände und Veranstaltungen können Sie der letzten Seite dieses Wochenberichtes entnehmen.

KOMMENDE TERMINE:

AfD
17. Juni -
Freiheit als Auftrag
Nie wieder Sozialismus!



Stephan Brandner,
stellv. Bundesvorsitzender
Björn Höcke,
Landesvorsitzender
Prof. Dr. Michael Kaufmann,
MdB

17. Juni 2023 13:00 Uhr
Gustav-Henning-Platz Gera

BÜRGER MOBIL DIE AfD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG VOR ORT!

Prof. Dr. Michael Kaufmann



Marcus Bühl

5 für Thüringen

5. Juni 14.30 - 18.00 Uhr Herrnsdorf / Brückencenter	7. Juni 9.00 - 10.30 Uhr Bad Langensalza / Markt	8. Juni 9.30 - 10.30 Uhr Ronneburg / Markt
5. Juni 17.00 bis 18.00 Uhr Kahla / Ölwiesenweg	7. Juni 11.30 - 13.00 Uhr Leinefelde / Markt	8. Juni 11.00 - 12.30 Uhr Weida / Markt
6. Juni 8.00 bis 9.30 Uhr Arnstadt / Hopfenbrunnen		8. Juni 13.00 - 14.00 Uhr Wünschendorf / Wendenplatz
6. Juni 11.00 - 12.30 Uhr Sondershausen / Markt		9. Juni 14.00 - 15.30 Uhr Bad Salzungen / Goethe Park Center

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Öffnungszeiten der Wahlkreisbüros



KAHLA
Rudolf-Breitscheidstr. 4
Tel.: 03671 5 23 23 48
Di.: 13 - 17 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de

NEUSTADT / ORLA
Puschkinplatz 6
Tel.: 036481 84 69 64
Di.: 13 - 17 Uhr / Do.: 13 - 17 Uhr
michael.kaufmann.wk02@bundestag.de



SAALFELD
Brudergasse 6
Tel.: 03671 5 23 23 48
Mo: 14 - 18 Uhr / Mi.: 12 - 16 Uhr
michael.kaufmann.wk@bundestag.de



Prof. Dr.-Ing.
Michael Kaufmann, MdB
www.Kaufmann-Michael.de



 www.Kaufmann-Michael.de
 Michael.Kaufmann@bundestag.de

 @AfDKaufmann
 @KaufmannAfD

 @KaufmannAfD
 t.me/KaufmannAfD

V.i.S.d.P: Prof. Dr.-Ing. Michael Kaufmann, Deutscher Bundestag, Unter den Linden 50, 11011 Berlin, Tel.: +49 30 227 73557 Fax: +49 30 227 23 73557

WWW.KAUFMANN-MICHAEL.DE

